

# bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Am Freitag, 13. Januar 2017, hat im Treffpunkt KWADRAT die inzwischen schon traditionelle Jahresauftaktveranstaltung der Bremer SPD stattgefunden. Rund 300 Mitglieder und Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie sind gemeinsam in das sicherlich spannende Politikjahr 2017 gestartet. Neben einer Rede unserer Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp gab es eine Talkrunde mit unseren beiden Bundestagskandidaten Sarah Ryglewski, MdB, und Uwe Schmidt, MdBB. Musikalische Begleitung gab es vom Damen-Quartett Brassappeal.

FOTO: SPD BREMEN

## WAHLREISE GEWINNEN – UM ZUSTIMMUNG KÄMPFEN

Mit neuem Schwung in den Bundestagswahlkampf

**D**ie SPD ist raus aus dem Umfragetief. Mit der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten ist etwas passiert, was die kühnsten Optimisten nicht erwartet haben: Es ist eine Wechselstimmung entstanden, der Anspruch der SPD, stärkste politische Kraft bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 werden zu wollen, ist plötzlich nicht mehr Utopie, in aktuellen Umfragen will eine Mehrheit Martin Schulz als Bundeskanzler. Und in Bremen: Wir wollen beide Wahlkreise im Land Bremen wieder direkt gewinnen und bei den Zweitstimmen im Vergleich unter den Bundesländern wieder vorne liegen. Personell sind wir gut aufgestellt: Im Wahlkreis 54 – Bremen I ist unsere Direktkandidatin Sarah Ryglewski, unsere Bundestagsabgeordnete. Im Wahlkreis 55 – Bremen II – Bremerhaven treten wir mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzender im Gesamt-

hafenbetrieb im Lande Bremen und Bürger-schaftsabgeordneten Uwe Schmidt an. Und auch unsere Landesliste ist stark besetzt: Sarah Ryglewski (1), Uwe Schmidt (2), Ute Reimers-Bruns (3), Florian Boehlke (4), Kadriye Pile (5), David Ittekkot (6).

Im Bundestagswahlkampf sind die Wahlkreise ein ganz wichtiges, organisierendes und operatives Zentrum. Für beide Wahlkreise haben sich inzwischen die Wahlkampfleitungen gebildet – an deren Spitze selbstverständlich Sarah bzw. Uwe stehen. Die Wahlkampfleitung im Wahlkreis 54 liegt bei Reinhold Wetjen aus dem Ortsverein Altstadt-Mitte und im Wahlkreis 55 bei Jürgen Pohlmann aus dem Ortsverein Walle, sie werden jeweils von den Wahlkampfbeauftragten der Unterbezirke unterstützt: Uta Kummer (WK 54, Unterbezirk Bremen-Stadt), Falk Wagner (WK 55, UB Bremen-Stadt), Susanne Weidemann (WK 55, Unterbezirk Bremen-Nord) und

Jörg Fehring (WK 55, Unterbezirk Bremerhaven). Gemeinsam mit den Ortsvereinen und Unterbezirken werden in den Wahlkreisen die Aktivitäten vor Ort geplant und organisiert, dafür werden in den Wahlkreisen Wahlkampfteams gebildet, deren Ziel und Aufgabenstellung heißt: „Wahlkreis gewinnen – gemeinsam mit Sarah und Uwe.“

Viele Menschen wollen sich für Martin Schulz und die SPD engagieren, viele sind ganz unmittelbar nach der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten in die SPD eingetreten und jeden Tag werden wir im Moment mehr. Auch in Bremen: 20 Eintritte online allein am Sonntag der Kanzlerkandidatennominierung, 63 Beitrittserklärungen im Januar, mehr als sonst in einem halben Jahr. Wir freuen uns über diese tolle Entwicklung, das macht Mut für einen engagierten und geschlossenen Wahlkampf in Bremen und Bremerhaven. ■

ZUM AUTOR:



FOTO: PATRICE KUNTE

Dr. Karl Bronke ist Mitglied im SPD-Landesvorstand und leitet den Arbeitskreis Soziales. Er war Abteilungsleiter in der Bremer Sozialbehörde.

# DIE RENTE MUSS REICHEN!

## Das Bremer Rentenkonzept

**Die gesetzliche Rentenversicherung steht solide da: 53 Millionen Versicherte, ausreichend Rücklagen und ein niedriger Beitragssatz. Aber dennoch gibt es Handlungsbedarf: das Rentenniveau sinkt, die Altersarmut steigt. Zeit für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Der Landesvorstand der Bremer SPD hat dazu ein Konzept vorgelegt.**

Der wichtigste Punkt des Konzepts: Wir brauchen ein **ausreichendes Rentenniveau** in der gesetzlichen Rentenversicherung. Nach bisherigem Recht sinkt das Niveau auf 43 Prozent. Da die gesetzliche Rente aber die zentrale Säule der Absicherung ist, muss das Rentenniveau auf deutlich über 50 Prozent des Bruttoeinkommens stabilisiert werden. Die eingeführten Begrenzungsmechanismen (Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor) müssen entfallen.

Die Erwartungen an die **Riester-Rente** haben sich nicht erfüllt. Sowohl die hohen Kostenbelastungen beim Abschluss als auch die unkalkulierbaren Risiken an den Anlagemärkten lassen erwarten, dass die unterstellten Kapitalrenditen nicht erreicht werden. Gerade Förderberechtigte mit niedrigem Einkommen sind zudem deutlich unterrepräsentiert. Außerdem ist der Risikoschutz bei Riester-Renten lückenhaft: Die gesetzliche Rente sichert alle drei Risiken (Alter, Hinterbliebene, Erwerbsminderung) ab, die Riesterrente stellt letztlich nur auf die Leistung bei Rentenbeginn (ohne Dynamisierung) ab. Der Vorschlag: Die Förderung der „Riester-Rente“ sollte deshalb bei Bestandsschutz für bestehende Verträge auslaufen.

Was tun gegen **Altersarmut**, die ja gerade Frauen betrifft? Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten mit geringem Einkommen bzw. ohne Erwerbstätigkeit hat oder zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter. Wir fordern daher, dass für Personen, die mehr als 30 Jahre unter Anrechnung von Erziehungszeiten und Zeiten von Arbeitslosigkeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, anstelle der Grundsicherung als Sozialhilfeleistung eine **Rente nach Mindesteinkommen** gezahlt wird. Wir meinen: Eine Absicherung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung ist besser als in der Sozialhilfe, da viele ältere Menschen den Weg zum Sozialamt scheuen und auf Leitungen verzichten. Besonders von Altersarmut bedroht sind

Personen mit einer **Erwerbsminderungsrente**. Diejenigen, die auf Grund einer Erwerbsminderung zu einem vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben gezwungen sind, müssen eine bessere Absicherung bekommen. Notwendig ist dafür eine rasche Ausweitung der Zurechnungszeit bis zur Regelaltersgrenze (nicht nur bis 65, wie geplant) – so entstehen Rentenansprüche, als hätte die Person eine volle Erwerbskarriere erreicht.

Ein wichtiger Schritt gegen die Altersarmut ist auch die **Einbeziehung der Selbständigen** in die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie sind – das ist überraschend – überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen, besonders die Solo-Selbständigen, die sich oft zu spät um ihre Alterssicherung kümmern. Dabei muss auf deren ggf. temporär eingeschränkte Leistungsfähigkeit z. B. mit

Stundungsregelungen (ohne Minderung der Gesamtbeitragspflicht) Rücksicht genommen werden.

### Wie soll das alles finanziert werden?

Zum einen ist der Bundeszuschuss zu erhöhen – allein die Mütterrente hat die Rentenversicherung mit 6,7 Milliarden Euro belastet und sollte aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, ebenso wie die Rente nach Mindesteinkommen, denn sie entlastet den Bundeshaushalt in der Grundsicherung. Die Beiträge – paritätisch getragen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite – werden wir schrittweise und moderat erhöhen. Und: Es ist zu prüfen, ob die Beitragsbemessungsgrenze – ab der bisherigen Grenze nur mit einer teilweisen Leistungsäquivalenz – erhöht werden kann.

Wichtig ist für uns die Perspektive: Wir wollen langfristig eine **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle versichert sind: Selbständige, Beamte, Abgeordnete, freie Berufe. Das geht nur schrittweise. Aber wir beginnen mit dem ersten Schritt: der Stärkung der gesetzlichen Rente mit ausreichendem Niveau. Die Rente muss reichen! ■

## LANDESPARTEITAG, 25. MÄRZ 2017

Samstag, 25. März 2017, 10:00 Uhr

Messe Bremen, Halle 4.1, Findorffstraße 101, 28215 Bremen

### Vorläufige Tagesordnung:

(Stand: 18. Januar 2017)

1. **Eröffnung und Begrüßung**  
Sascha Karolin Aulepp, Landesvorsitzende
2. **Wahl des Parteitagspräsidiums**
3. **Beschlussfassung über die Tagesordnung**
4. **Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission**
5. **Beratung von satzungsändernden Anträgen**  
Antrag des Landesvorstandes: „Sitzungsrhythmus, Delegiertenschlüssel, Antragsfristen für die Landesparteitage“
6. **Beratung des Leitantes des Landesvorstandes:**  
„Die Rente muss auch in Zukunft reichen!“ und ggf. weitere Anträge/Änderungsanträge zur Rentenpolitik
7. **Wahl von acht Bundesparteitagsdelegierten und von Ersatzdelegierten »Amtszeit: 09/2017 – 08/2019«**
8. **Beratung von weiteren Anträgen**
9. **Schlusswort**

- Antragsberechtigt sind: SPD-Gliederungen im Land Bremen sowie Arbeitsgemeinschaften und Foren (Landesebene) – dies gilt auch für Personalvorschläge (TOP 7).
- Antragsfrist: 10. März 2017 – dies gilt auch für Personalvorschläge (TOP 7).
- Frist für satzungsändernde Anträge: 24. Februar 2017.
- Anträge und Personalvorschläge sind zu richten an: info-bremen@spd.de oder SPD-Landesorganisation Bremen, Landesgeschäftsführung, Oberstr. 39-43, 28195 Bremen. Der Eingang wird bestätigt.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

SPD-Landesorganisation Bremen  
Oberstraße 39–43  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/3 50 18-0  
Fax: 0421/3 50 18-37  
info-bremen@spd.de

### Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),  
Karen Schuster.  
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.  
Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen,  
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),  
Wachtstraße 27/29,  
28195 Bremen

# MEILENSTEINE IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF/LAND BREMEN

# Zeit für mehr Gerechtigkeit!

| Nov. 2016   | Dez. 2016   | Jan. 2017  | Feb. 2017                       | März 2017   | Apr. 2017   | Mai 2017                   | Juni 2017                                      | Juli 2017   | Aug. 2017  | Sep. 2017             |
|---|---|--|---------------------------------|---|---|----------------------------|--|---|--|-----------------------|
| 18./19.<br>WK-Konferenzen<br>(Direktkandidaturen)                   | 9.<br>LaVo:<br>– WK-Budget<br>– Gremien                 | 10.<br>Konstituierung<br>Wahlkampflei-<br>tung; WK 054 | 12.<br>Bundespräsi-<br>dentwahl | 3.–5.<br>Drehbuchseminar<br>für WK-Leitungen,<br>Hamburg                          | 1.<br>Campaign-Camp<br>Nord, Hamburg  | Halbzeitkampagne B B       |  | bis 2. August<br>Sommerschul-<br>ferien             | bis 2.<br>Sommerschul-<br>ferien                     | Endspurt              |
| 21.<br>UB-/LO-Spitzen:<br>– Landesliste<br>– Eckpunkte<br>Wahlkampf | 10.<br>Landesdelegier-<br>tenkonferenz<br>(Landesliste) | 13.<br>LO-Jahresauftakt-<br>veranstaltung              |                                 | 8.<br>Internationale<br>Frauentag   | 24.<br>Funktionsträger-<br>Innenkonferenz<br>mit Bürgermeister<br>Carsten Sieling | 1.<br>Tag der Arbeit       | 22.<br>bis 2. August<br>Sommerschul-<br>ferien | 30./31.<br>Straßen-<br>plakatierung<br>HB: 8 Wochen | 13./14.<br>Straßen-<br>plakatierung<br>BHV: 6 Wochen | 24.<br>Bundestagswahl |
|   |   | 18.<br>Konstituierung<br>Wahlkampflei-<br>tung; WK 055 |                                 | 11./12.<br>Seminare „Wahl-<br>kreis gewinnen“<br>für WK 054 und<br>WK 055, Bremen |   | 7.<br>Landtagswahl SH      |  |   | Anfang Groß-<br>flächenplaka-<br>tierung             |                       |
|   |   |  |                                 | 18.<br>10. Equal Pay Day  |   | 14.<br>Landtagswahl<br>NRW |  |   | 26.<br>CSD Bremen                                    |                       |
|   |   |  |                                 | 19.<br>Bundesparteitag,<br>Berlin   |   |                            |  |   |  |                       |
|   |   |  |                                 | 25.<br>Landesparteitag  |   |                            |  |   |  |                       |
|   |   |  |                                 | 26.<br>Landtagswahl SL  |   |                            |  |   |  |                       |

Stand: 17. Februar 2017

ANZEIGE



# SICHERHEIT DER BÜRGER VERBESSERN

SPD-Fraktion schließt sich Positionspapier an und will notwendige Maßnahmen ergreifen

Eine Veränderung der deutschen Sicherheitsarchitektur hin zur deutlich stärkeren Verantwortung und Kompetenzen des Bundes bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus hatte die Bremische Bürgerschaft bereits einstimmig mit den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses „Terrorwochenende“ beschlossen. Darüber hinaus, davon ist der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, überzeugt, muss die Prävention und Früherkennung von Radikalisierungen deutlich gestärkt werden. Fußfesseln für Gefährder minderten zudem den polizeilichen Aufwand zur Überwachung, schärfere Regelungen beim Abschiebegefahrtsam müssten sicherstellen, dass mangelnde Kooperation des Herkunftslandes kein Hindernis für die Ingewahrsamnahme darstellen. Mehr Videoüberwachung schließlich verhindere zwar keine Terroranschläge oder Affektattent, erleichtere aber die Strafverfolgung und verbessere teilweise die Einsatztaktik.

„Eine absolute Sicherheit gegen Terroristen kann es nicht geben, egal wie



Björn Tschöpe



repressiv ein System ist“ gibt Tschöpe gleichwohl zu Bedenken und fügt an: „Trotzdem muss eine liberale Demokratie Lücken bei der inneren Sicherheit schließen, wenn diese sichtbar werden.“ Die SPD-Fraktion schließt sich daher einem sozialdemokratischen Positionspapier an, das Innensenator Ulrich Mäurer und Justizsenator Martin Günthner verfasst hatten – auch als Reaktion auf den Anschlag am Berliner Breitscheidplatz.

So unterstütze die SPD-Fraktion die Einführung einer elektronischen Fußfessel für sogenannte Gefährder. „Damit werden Terroranschläge nicht verhindert, aber der Personalaufwand bei der Polizei kann bei der Überwachung deutlich verringert

werden“, sagt Tschöpe. Zudem plädiert der Sozialdemokrat für eine Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen. Hier habe es einen Wandel im Denken der Öffentlichkeit geben. Die Menschen fühlten sich mit einer Videoüberwachung sicherer, nicht zuletzt weil die Strafverfolgung dadurch vereinfacht werde. „Daher sind wir bereit, auch Gesetze zu verändern, um eine Ausweitung zu ermöglichen“, so Tschöpe.

Eine Verschärfung der Regelungen bei m Abschiebegefahrtsam findet bei Tschöpe ebenfalls Zustimmung. „Wenn wir feststellen, dass Passlosigkeit dazu führt, dass wir jemanden nicht in Abschiebehaft nehmen können, dann ist das eine Lücke im Gesetz, die wir unbedingt schließen müssen“, sagt er mit Blick auf den Berliner Attentäter. Und auch einer Übertragung von Sicherheitskompetenzen auf den Bund begegnet Tschöpe positiv – räumt allerdings ein, dass es in anderen Bundesländern große Widerstände gebe.

Schließlich spricht Tschöpe sich dafür aus, Präventionsangebote auszubauen, und begrüßt, dass im Positionspapier der beiden Senatoren auch eine Stärkung dieser Angebote vorgesehen ist. „Wenn man im Vorhinein eingreifen und Menschen von ihrem Weg in die Radikalisierung abbringen kann, ist das jede Mühe wert“, sagt Tschöpe und mahnt abschließend, die Debatte um die innere Sicherheit nicht ideologisch zu führen: „Wir sollten jetzt mit kühlem Kopf das Notwendige tun, um die Sicherheit der Menschen zu verbessern.“

## VERANSTALTUNG PERSPEKTIVE DIGITALISIERUNG

Wirtschaft und Arbeit wandeln sich durch neue Technologien. Unternehmen verändern Geschäftsmodelle, Arbeit wird flexibler und technischer, und die Digitalisierung bringt neue Perspektiven in Industrie und Arbeit.



Unter der Überschrift „Perspektive Digitalisierung“ möchten wir über Chancen, Herausforderungen und offene Fragen bei diesem Thema diskutieren. Uns interessiert, wie durch die Digitalisierung nicht nur die Wirtschaftlichkeit gesteigert werden kann, sondern auch Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen verbessert werden können. Die Veranstaltung findet statt am Montag, 13. März, 18 Uhr im Festsaal der Bürgerschaft.

Weitere Informationen zu diesem und weiteren Terminen der SPD-Fraktion gibt es unter:  
[www.spd-fraktion-bremen.de/termine](http://www.spd-fraktion-bremen.de/termine)

# BEGRÜSSUNGSGELD FÜR AUSZUBILDENDE

Fraktion greift Initiative der Bremer Jusos auf und bringt Bürgerschaftsantrag auf den Weg

Für Studierende gibt es die Regelung bereits seit einigen Jahren: Junge Leute, die zum Studieren nach Bremen ziehen und hier ihren Hauptwohnsitz anmelden, erhalten 150 Euro Begrüßungsgeld. Die Idee dahinter ist es einerseits, Bremen für Studierende zusätzlich attraktiv zu machen. Andererseits lohnt sich die Investition auch für das Bundesland, denn im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs erhält Bremen für jede Neubürgerin und jeden Neubürger Mehreinnahmen in Höhe von 5.822 Euro im Jahr.

„Die Regelung hat sich bei den Studierenden bewährt – deswegen haben wir den Vorstoß der Jusos, auch Auszubildenden das Begrüßungsgeld auszuzahlen, begrüßt und in der SPD-Fraktion einen entsprechenden Bürgerschaftsantrag auf den Weg gebracht“, so die arbeitsmarktpolitische

Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschchen. Denn tatsächlich hätten die Jusos mit ihrer Initiative eine eindeutig richtige Frage aufgeworfen. „Warum soll das Begrüßungsgeld nur an Studierende gezahlt werden? Es gibt keinen Grund, bei diesem Thema Abiturienten und Studierende bevorzugt zu behandeln – insbesondere weil die



Sybille Böschchen

größere Anzahl an Jugendlichen eine Ausbildung beginnt“, so die Sozialdemokratin.

Böschchen stellt dabei klar: „Natürlich ist das nur ein Schritt: Das Begrüßungsgeld allein wird Azubis nicht zum Umzug nach Bremen bewegen. Wichtig bleibt vor allem, den jungen Leuten auch etwas zu bieten und insbesondere mehr preiswerten Wohnraum zu schaffen. Dabei werden wir auch die Idee weiterverfolgen, Azubi-Wohnheime einzurichten.“

Die Zielgruppe dafür sei in jedem Fall vorhanden, ist sich Böschchen sicher: „Rund 2.100 der insgesamt knapp 6.000 Bremer Auszubildenden haben im vergangenen Jahr noch außerhalb der Stadt gewohnt – könnten wir nur einen Teil von ihnen zu einem Umzug an die Weser bewegen, wäre das schon ein echter Erfolg.“

INFO:



„Begrüßungsgeld auch für Auszubildende einführen“ – das ist der Titel eines Antrags, den die SPD-Fraktion nach einer Initiative der Bremer Jusos auf den Weg gebracht hat

Der Antrag findet sich hier:  
[HTTP://TINY.CC/WILLKOMMEN](http://tiny.cc/willkommen)